

**Kooperationsvereinbarung**  
**zwischen der**  
**Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg**  
**und dem**  
**Landkreistag Baden-Württemberg**

**Präambel**

Ihre Gesundheit zu erhalten und im Krankheitsfall wiederherzustellen, gehört zu den Grundanliegen der Menschen. Das deutsche Gesundheitswesen trägt dem Rechnung, indem es bis heute eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung mit ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen gewährleistet.

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg und der Landkreistag Baden-Württemberg (im Folgenden: die Kooperationspartner) wissen um die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitssystems. Sie stehen daher auch hinter den in Deutschland seit alters her geltenden Grundprinzipien der sozialen Sicherung im Krankheitsfall. Dazu zählen aus Sicht der Kooperationspartner das Solidarprinzip, das Bedarfsdeckungsprinzip, das Sachleistungsprinzip, die Versicherungspflicht sowie – nicht zuletzt – die Selbstverwaltung.

Die Kooperationspartner sind sich gewiss, dass die Bedeutung des Gesundheitswesens, aber auch die damit verbundenen Herausforderungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter wachsen werden: Die Deutschen werden immer älter; zugleich schreitet der medizinische Fortschritt stetig voran. Beides wird zu einem zunehmenden Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen führen. Ob die finanzielle Alimentation des Gesundheitswesens mit dieser Entwicklung in gleichem Umfang Schritt halten können, ist zweifelhaft.

Allein schon vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll und zweckmäßig, wenn die verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens – unter Wahrung ihrer historisch gewachsenen und gesetzlich definierten Zuständigkeiten – stärker zusammenarbeiten. Für die Kooperationspartner gilt dies in gesteigertem Maße. Denn um die Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens auf Dauer zu sichern, muss insbesondere auch die überkommene strikte Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung endgültig überwunden werden. Im Hinblick auf die sektoren-übergreifende medizinische Versorgung freilich kommt den Kooperationspartner besondere Verantwortung zu – der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg auf Grund ihres Sicherstellungsauftrags für die ambulante ärztliche Versorgung, dem Landkreistag Baden-Württemberg als politischer Vertretung der Landkreise und als Krankenhausträger.

## **§ 1 Ziele der Zusammenarbeit**

(1) Die Kooperationspartner wollen auf den Gebieten der Zusammenarbeit (§ 2)

1. intensiven Kontakt pflegen ;
2. konkrete Projekte anschieben und begleiten;
3. sich im Einzelfall politisch abstimmen und, soweit möglich, auch gemeinsam politisch aktiv werden;
4. soweit angezeigt, gemeinsame Öffentlichkeits- und Pressearbeit betreiben.

(2) Die Kooperationspartner setzen sich dafür ein, dass auch im Verhältnis zwischen den Bezirksdirektionen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und den einzelnen Landkreisen eine enge Partnerschaft gepflegt wird. Insbesondere fördern und unterstützen die Kooperationspartner insoweit die Entstehung institutionalisierter Dialogstrukturen, etwa im Rahmen von Kreisgesundheitskonferenzen oder in Form jährlich stattfindender Symposien.

(3) Die Kooperationspartner initiieren, begleiten und fördern die Vernetzung der Initiativen, Projekte und Strukturen, die aus der Zusammenarbeit zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und den Landkreisen hervorgehen.

(4) Die Kooperationspartner bieten an, bei allfälligen Meinungsverschiedenheiten vor Ort moderierend tätig zu werden.

## **§ 2 Gebiete der Zusammenarbeit**

Die Zusammenarbeit der Kooperationspartner kann sich insbesondere auf folgende Gebiete erstrecken:

1. flächendeckende ambulante Versorgung einschließlich Reform der Bedarfsplanung (insbesondere Neukonzeption des Landesausschusses);
2. Förderung des medizinischen Nachwuchses;
3. Initiierung, Unterstützung und Förderung von Weiterbildungsverbänden;
4. sektoren-übergreifende medizinische Versorgung (einschließlich Pflegeeinrichtungen);
5. ambulante Notdienstversorgung, insbesondere synergetische Verknüpfung von ambulantem Notdienst und Notfallrettung.

## **§ 3 Organisation der Zusammenarbeit**

(1) Zur Umsetzung der Ziele der Zusammenarbeit (§ 1) wird ein Lenkungsausschuss gebildet.

(2) Die Kooperationspartner entsenden jeweils drei Vertreter in den Lenkungsausschuss. Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg wird durch mindestens ein Vorstandsmit-

glied, einen weiteren Vertreter sowie einen leitenden Mitarbeiter der Geschäftsstelle vertreten. Der Landkreistag Baden-Württemberg wird durch zwei Landräte sowie einen leitenden Mitarbeiter der Geschäftsstelle vertreten.

(3) Der Lenkungsausschuss tritt zwingend einmal im Jahr, ansonsten nach Bedarf zusammen.

(4) Die Sitzungstermine werden zwischen den Geschäftsstellen der Kooperationspartner abgestimmt. Die Sitzungen des Lenkungsausschusses richten die Kooperationspartner im Wechsel aus; die konstituierende Sitzung wird vom Landkreistag Baden-Württemberg ausgerichtet. Die Sitzungsleitung liegt beim gastgebenden Kooperationspartner. Dieser erstellt auch das Sitzungsprotokoll.

(5) Die Geschäftsstellen der Kooperationspartner halten zwischen den Sitzungen des Lenkungsausschusses Kontakt. Sie tragen nach Maßgabe der im Lenkungsausschuss erfolgten Abstimmung zur Umsetzung der Ziele der Zusammenarbeit (§ 1) bei.

#### **§ 4 Gültigkeit, Kündigung und Änderung**

(1) Die Vereinbarung gilt ab Vertragsschluss unbefristet.

(2) Sie kann durch einen Partner mit einer Frist von drei Monaten jeweils zum Quartalsende gekündigt werden.

(3) Die Vereinbarung kann in beiderseitigem Einvernehmen jederzeit geändert werden. Änderungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

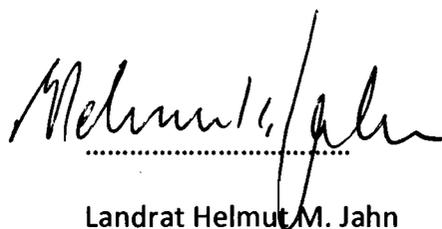
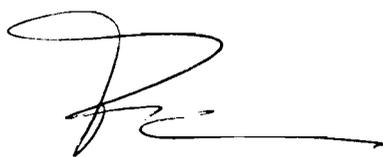
Stuttgart, den



.....

Dr. Johannes Fechner

Stv. Vorstandsvorsitzender  
der Kassenärztlichen Vereinigung  
Baden-Württemberg



.....

Landrat Helmut M. Jahn

Präsident  
des Landkreistags  
Baden-Württemberg